

Baruther Anzeiger

Veröffentlichung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugsgebel freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigehaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Märk.).

Für Anzeigen an vorgelebten Zeilen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 17

Sonnabend, den 7. Februar

1925

Ein neuer Balkanrieg in Aussicht?

Griechenland rüstet, die Türkei will Griechentands Forderungen mit Waffengewalt begegnen. — Italien für die Türkei. — Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen findet am 10. Februar statt. — Kärntner im Landtag. — Deutsches Landheer in Amerika. — Fortgang der Verhandlungen im Barmat-Prozess.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vizepräsident des Reichstags hat den Arbeitsplan für das Reichstagsplenum bis zu den Osterferien festgemacht. Diese Woche und die beiden nächsten Wochen werden durch Vollziehungen in Anspruch genommen werden bis zum Freitag, dem 20. Februar; darauf tritt eine Pause vom 21. bis 25. Februar ein, einschließlich dem 26. Februar bis zum 12. März wird regelmäßig an dem Wochentag eine Plenarsitzung abgehalten werden, vom 13. bis 16. März einschließlich folgt wieder eine Pause, während Plenarsitzungen vom 17. bis 26. März täglich. Vom 27. März bis 31. März einschließlich ist eine Pause. Die nächsten Tage vom 1. bis 8. April sind wieder durch Plenarsitzungen ausgefüllt und darauf tritt am Gründonnerstag, den 9. April, die Osterpause ein, bis Sonnabend, den 18. April, dauern wird.

Kärntner im Landtag.

Berlin, 6. Februar. Die gestrige Landtagsitzung, die kurz vor 3 Uhr begann, wurde vom Präsidenten Bartels mit einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Regenborn (Dnkt.) eröffnet. Die anwesenden Abgeordneten ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von ihren Sitzen. Der Präsident gab Johann Kenntnis von dem Schreiben des Ministerpräsidenten Braun, in dem dieser die auf ihn gefallene Wahl vom 30. vergangenen Monats ablehnt. Abgeordneter Koerner (Nat.-Soz.) verlangte sofortige Wornahme der Wahl des Landtagspräsidenten. Der gegenwärtige Präsident gehörte als Parteisekretär einer Partei an, die von Barmat 50 000 Mark angenommen habe. Dieser Umstand schon mache ihn unfähig, das Amt des Präsidenten weiter zu bekleiden. Das Haus trat Johann in die Erledigung der Tagesordnung ein. Es wurden zunächst mehrere Ausschüsse eingesetzt, unter diesen ein Ausschuss zur Durchführung der Personalabgabenordnung und ein Wahlaufsichtsausschuss. Der Komm. Durch behauerte, daß der Ausschuss die Ablehnung der Anträge befürworte und daß auch der Ministerpräsident Braun gegen diese Anträge Stellung genommen habe. Wenn die Sozialdemokraten jedoch für die politischen Angelegenheiten täten wie für die Barmat, so wäre schon vieles verbessert. — Schieben, Luchner, Wolfsausführer und Spitzer traten frei herum, nur Arbeiter saßen im Gefängnis, die ihre Rechte verteidigt hätten, die sie durch die Novemberregime 1918 verweigert hätten. Da es nicht möglich war, die erforderliche Ruhe zu schaffen, mußte der Präsident nach 3.15 Uhr die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrechen.

Ein Barmatministerium in Preußen?

Berlin, 5. Februar. Der Parteivorstand des Zentrums hat sich gestern Nachmittag versammelt, um zur Regierungskrise in Preußen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig beriet im Landtag der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird erst heute eine Beratung abhalten. Die letzte Anfrage des wiedererwählten früheren Reichspräsidenten Ministerpräsidenten Braun über die Neutralität der Deutschen Volkspartei gegenüber einem unter seiner Führung stehenden Kabinett der Weimarer Koalition wird dann beantwortet werden, und zwar mit Sicherheit mit Nein. Damit würde dann endgültig die Kandidatur Brauns erledigt sein. Der Landtag wird wahrscheinlich noch in dieser Woche zur zweiten Weidwahl des Ministerpräsidenten, zusammenzutreten müssen. Für diese Wahl kommt die Kandidatur des beim Zentrum angehörenden Landeshauptrintants der Rheinprovinz, Goring, nun endgültig in Betracht.

Dem Ende der Wohnungsnot entgegen.

Bereits im Herbst vorigen Jahres hätte angenommen werden, daß auf dem Wege der Belohnung auf die Hypotheken aus dem Ertragssteuern der Hauszinssteuer nach Abschluß des Baujahres 1924 Hebenentstand. Diese Maßnahmen in Großberlin hergestellt sein würden. Diese Voraussage die nach getätigter Prüfung der Lage von zehnjähriger Seite gemacht worden war, hat sich restlos

erfüllt. Zu Beginn des vergangenen Jahres hatte man mit fünfzehntausend neuer Wohnungen für Großberlin gerechnet. Die Erwartungen sind also weit übertraffen worden. Meistlich liegen die Dinge in der Provinz, wenn auch nicht ganz so günstig, da Berlin zweifellos durch seinen großen Anteil an der Hauszinssteuer besonders bevorzugt gewesen ist und auch bleiben wird. Berlin erhält aus den staatlichen Mitteln einen Baufostensubstanz von monatlich sechs Millionen Mark, das sind pro Jahr über 70 Millionen Goldmark. Diese Summe macht circa 50-60 Prozent der Gesamtaufkosten aus. Der Rest wird aus Privatmitteln bestritten, teilweise auch von Hypothekenbankern beliehen zu einem durchschnittlichen Zinsfuß von 10 Prozent voraus zwei Prozent Untostendeckung zuzuschlagen sind. Auf dieser Summe werden bei ganz vorzüglicher, sachmännischer Schätzung Neubauten von jährlich 10000 Wohnungen mit 2-4 Zimmern, in Einzelhäusern mit 3 Zimmern erreicht. 7000 Wohnungen sind bereits jetzt in Berlin im Bau; sie werden teilweise schon zum Mai, Juni fertig. Weitere 8000 sind in Vorbereitung. Bei weiterer Stetigkeit der Entwicklung, die lediglich von einer Steigerung der Hauszinssteuer abhängt, wird in Deutschland nach zwei Jahren die Wohnungsfrage nicht nur gelöst sein, sondern das Angebot an Wohnungen die Nachfrage bereits wieder übersteigen können. Der Wohnungsnot wird zum Herbst gesteuert sein, so daß dann mit einer Aufhebung der Zwangsverwaltung zu rechnen ist. Die Wohnungsämter als solche würden aufgehoben werden. Allerdings bleibt vorläufig der Mieterschutz selbstverständlich bestehen. Augenblicklich befinden wir uns im Ueberzugsstadium zur freien Wohnungszwangswirtschaft. Abgesehen davon, daß vom 1. Januar ab die Zwangsverwaltung für möblierte Wohnungen aufgehoben ist, daß bisher die Wohnungsämter auf Grund ihrer Listen die freiverbundenen Wohnungen zuweisen, werden jetzt „Wohnungsämtern“ teilweise ausgestellt, auf Grund deren sie sich eine Wohnung mieter können. Die Wohnungsnot nähert sich rascher, als zu hoffen war, dem Ende. Einzelne Städte, die im vergangenen Jahre noch ungünstige Ergebnisse hatten — Potsdam, Kassel, Breslau, Hannover, Königsberg seien genannt — werden ebenfalls in absehbarer Zeit zum Ziele kommen. Auch in Oberschlesien, das von den aus den polnischen Gebieten Ausgewiesenen besonders überflutet ist, ist die Lage trübe. Aber auch dieser Not wird gesteuert werden können, wenn mit der gleichen Energie und Zähigkeit wie anderen Gebieten an der Lösung der Wohnungsfrage gearbeitet wird. Von sachmännischer Seite wird mit Befriedigung aller Schwierigkeiten, mit der Rückkehr auf Friedensstand in höchstens zwei Jahren gerechnet. Wenn wie eingangs betont, im gleichen Tempo weiter gearbeitet werden kann und die Stetigkeit des erfolgreichsten Systems gewahrt bleibt, dann wird in kurzer Zeit die Aufhebung der Wohnungsnot durch Zwangsverwaltung erfolgen können.

Zum Barmat-Stand.

Wann wird endlich einmal im Deutschen Reich selbst die Barmatfrage erwidert? Das ist eine Preisfrage, auf die sicherlich jemand ein Antwort finden wird. Die waderen Deutschen haben viel Wichtigeres zu tun, als nach Einzelheiten zu streben, sie haben sich mit Parteizentren, Finanzstandes und ähnlichen schmerzlichen Dingen zu befassen, so daß ihnen für das Wichtigste, für die Herbeiführung einer geschlossenen Einigkeit, keine Zeit übrig bleibt. Allerdings streiten die Finanzstände am Himmel, und wenn man sieht, wer und was alles an ihnen beteiligt ist, dann empfinden wir es erst recht, daß uns ein Mann fehlt, der mit eisernen Fesseln der Unklarheit ausnimmt. Die Makroökonomische Zeit hat Zustände geschaffen, deren wir uns wahrlich nicht zu freuen haben, und wenn wir hören müssen, daß die galizischen Gauner und Betrüger sich vielfach hoher Protektion zu erfreuen gehabt haben, dann muß man mit Beschränkung erkennen, daß Deutschland nicht mehr was alte Leute der Ehrlichkeit und Treue ist. Was bei all den Standes noch herauskommen wird, wissen wir noch nicht, aber was wir bisher erfahren haben, genügt, um uns mit Ekel zu erfüllen und uns wünschen zu lassen, daß noch die alte Zeit herrsche, in der Treu und Glauben herrschte und an die Verhältnisse, die allmählich eingetreten ist, noch nicht zu denken war. Hoffentlich ist diese Zeit nicht für immer dahin.

Staatsanwaltschaft gegen Barmat-Ausschuß.

Berlin, 5. Februar. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dem Reichstags-Ausschuß über die Barmat-Affäre in Verbindung gesetzt und gegen die Aufnahme der Tätigkeit dieses Ausschusses Einspruch erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat in der Angelegenheit auch das Justizministerium in Bewegung gesetzt, dessen Vertreter dem Reichstagsausschuß in der morgigen Sitzung die Bedenken des Ministeriums und der Staatsanwaltschaft eingehend auseinandersetzen werden.

Der Danziger Poststreik.

Danzig, 4. Februar. Der Völkerverbundskommissar Mac-Donell fällt heute die Entscheidung im Danziger-polnischen Konflikt. Dieser erkennt in allen Punkten den Danziger Standpunkt als rechtmäßig an und erklärt die erfolgte Einrichtung des polnischen Postdienstes auf dem gesamten Gebiete der Stadt Danzig als Verletzung der Entscheidung des Völkerverbundskommissariats vom Mai 1922.

Vor einem neuen Balkanrieg?

Paris, 5. Februar. Die Freiwilligenarmee wird in Thrazien aufgestellt, um im Ernstfall sofort gegen Konstantinopel eingegriffen zu werden. Die Stimmung in der griechischen Bevölkerung ist außerordentlich ernst. Der neue südslawische Gesandte in Athen Gebrilowitsch soll die Bereitwilligkeit der Belgarer Regierung zu einem neuen Bündnis mit Griechenland ausgeprochen haben, da sich das jugoslawische Volk in dem türkischen Konflikt völlig auf Seiten Griechenlands fühle. — In der Nationalversammlung zu Angora hat Mustafa Kemal Pascha erklärt, daß die Türkei bereit sei, Griechenlands Forderungen mit Waffengewalt zu begegnen. Diese Erklärung fand den begeisterten Beifall der Abgeordneten.

Rom, 5. Februar. Pressemeldungen zufolge ist die italienische Regierung entschlossen, in dem Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland die Türkei zu unterstützen. Mussolini will aufmerksam die Entwicklung der Situation verfolgen.

Lösungsversuche durch Sorion.

Berlin, 5. Februar. Sämtliche Parteien des preussischen Landtags hielten heute Fraktionsitzungen über die Regierungskrise ab. Die größte Bedeutung wurde der Sitzung der Deutschen Volkspartei beigegeben. Abg. v. Campe erstattete Bericht über eine kurze Unterbrechung mit dem Ministerpräsidenten Braun. Er betonte, daß daß er, einem Beschluß der Fraktion folgend, die Frage Brauns, ob die Deutsche Volkspartei geneigt sei, in die Regierung einzutreten, mit einem Nein beantwortet habe. Ihre Stellungnahme wurde dem Ministerpräsidenten sofort mitgeteilt. Ministerpräsident Braun richtete dann unbenutzlich an den Präsidenten des Landtags ein Schreiben mit folgendem Wortlaut: „Auf Ihre Mitteilung vom 30. vorigen Monats über meine Wahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen ergebnis mit, daß ich die Wahl nicht annehme.“ Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten — mit der Wahl Sorions muß bestimmt gerechnet werden — erfolgt voraussichtlich in der Sitzung am Dienstag, den 10. Februar. Sorion wird auf demselben Wege wie Braun versuchen, eine Regierung zustande zu bringen. Es wird immer noch damit gerechnet, daß es möglich sein werde, die Wirtschaftspartei für eine unmittelbare Unterführung einer Linksregierung, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten, unter Führung eines Zentrumsmannes als Ministerpräsidenten zu gewinnen.

Keine politische Nachrichten.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen findet am 10. Februar statt.

Aus Münchener Regierungskreisen wird mitgeteilt, daß Reichskanzler Dr. Luther seine Besuche bei den süddeutschen Regierungen am 10. Februar in München eröffnen will. Von hier aus werde er dann nach Stuttgart weiterreisen.

Prag, 4. Februar. Der „Čeště Slovo“ erklärt nachdem Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen habe, dürfte die Tschechoslowakei nicht zögern, diesem Beispiel zu folgen.

Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle werden am Sonnabend, den 7. Februar, mittags, die englischen Kräfte in Berlin abgezogen.

Die Ruhrunterstützung ein „Bericht“ gegen den Dawes-Plan.

Paris, 4. Februar. Das „Journal“ bringt folgende Mitteilung, welche Berliner Vertreter zu hören zu wissen, daß man in den zuständigen internationalen diplo-